

Stellungnahme der Fraktion B90/Die Grünen zum Haushalt 2022 der Stadt Penzberg

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen des Stadtrats, liebe Mitarbeiter*innen der Verwaltung, liebe Bürger*innen, liebe Pressevertreter*innen,

Ich möchte positiv anfangen: Unsere Umweltabteilung hat viele tolle Projekte vorangebracht. Ganz besonders freut uns die Erarbeitung des klimafreundlichen Baustandards, der Klimaaktionsplan, der Entwurf der Grünerhaltsatzung und der Anstoß für ein umfassendes Mobilitätskonzept. Aber wir Stadträte müssen die Umsetzung dieser Meilensteine auch unterstützen und forcieren. Es bleibt noch viel zu tun, wenn wir den Klimawandel und das Artensterben aufhalten und unseren Kindern eine lebenswerte Welt hinterlassen wollen. Und – lieber Kollege Leinweber – manchmal muss dies auch über Vorgaben erfolgen, denn die Vergangenheit hat gezeigt, dass es nicht immer auf freiwilliger Basis funktioniert.

Ebenfalls positiv ist, dass uns die Pandemie keine Steuereinbrüche beschert sondern die Gewerbe- und Einkommenssteuer weiter anwachsen.

Umso schlimmer ist es, dass unsere Haushaltslage derart desolat ist. Nachdem der erste Haushaltsentwurf ein Defizit von 27 Mio. € in den Jahren 2023 und 2024 aufwies, hat die Kämmerei nun eine Haushalt „hingezaubert“, der nicht nur ausgeglichen ist, sondern wir haben demnach 2025 sogar noch 11 Mio. € Rücklagen!

Dennoch werden wir den Haushalt ablehnen, und zwar aus folgenden Gründen:

- 1) Wir finanzieren unsere Ausgaben durch den Verkauf von Grundstücken und Gebäuden in Höhe von ca. 36 Mio. €! Das ist der Ausverkauf unseres Tafelsilbers, das damit unwiederbringlich verloren ist.
- 2) Zusätzlich haben wir eine Neuverschuldung von 50 Mio. €, was ein Vielfaches über der Durchschnitts-pro-Kopf-Verschuldung in Bayern liegt. Alleine die Schulden der Stadt werden unseren Haushalt 29 Jahre lang mit jährlich 2 Mio. € belasten. Hinzu kommen noch die Schulden des Kommunalunternehmens, die ebenfalls kommunale Schulden sind und die mit dem Bau des neuen Familienbads und der Umsetzung des Generalentwässerungsplans auf ca. 88 Mio. € anwachsen werden.
Zu erwähnen ist auch, dass wir die Kredite für den Wohnungsbau 2022/23 aufnehmen, dass aber für Birkenstraße West und Daserweg noch 2024/25 ca. 15 Mio. € erforderlich sind und wir zu diesem Zeitpunkt die dafür vorgesehenen Kredite bereits ausgegeben haben.
- 3) Um einen ausgeglichenen Haushalt überhaupt erstellen zu können, wurden die Steuereinnahmen sehr hoch kalkuliert, die Umlagen (Kreisumlage, Gewerbesteuerumlage) hingegen relativ gering.
- 4) Wir haben keinerlei Strategie für die Zukunft. Das Problem, dass explodierende Baukosten bei gleichbleibenden Einnahmen bedient werden müssen, wird uns auch weiterhin begleiten. Kreditaufnahmen und der Verkauf von Tafelsil-

ber können nicht die Antwort auf dieses Problem sein! Das sind nur kurzfristige Behelfslösungen, aber keine nachhaltige Strategie.

Auch darf man nicht vergessen, dass sehr wichtige Projekte **nicht** im Haushalt enthalten sind, wie

- Der Ausbau der Grundschulen, obwohl wir bereits jetzt wissen, dass 2024 die Räumlichkeiten an den Grundschulen knapp werden und wir auch die ab 2025 gesetzlich geforderte Nachmittagsbetreuung nicht sicherstellen können,
- die Entwicklung des Bahnhofareals
- Sanierung der Turnhalle Seeshaupterstr.
- das neue Feuerwehrgebäude
- das Projekt Wohnzimmer Rathauspassage
- die Sanierung/Erneuerung leerstehender Liegenschaften wie der alten Bücherei oder des Bahnhofsgebäudes,
- der durch den Klimawandel dringend zu forcierende Hochwasserschutz sowie
- die Sanierung unserer Liegenschaften, die dringend erforderlich ist, um unser Klimaschutzziel zu erreichen.

Ebenso haben wir kaum Puffer für drohende weitere Steuerrückzahlungen oder weitere Klimaschutzprojekte.

Doch wie konnte es zu einer solchen Haushaltslage kommen?

Wir leben schon länger über unsere Verhältnisse. Die strittige Gewerbesteuer haben wir nicht zur Seite gelegt, sondern mit vollen Händen ausgegeben und haben unsere Rücklagen von rund 40 Mio. € binnen weniger Jahre größtenteils aufgebraucht. Wir entsprechen jedem Stellenwunsch der Verwaltung und haben jedes Jahr den Stellenplan erhöht. Hier wünschen wir uns endlich einmal die Ergebnisse des Organisationsgutachtens, damit wir Stadträte den Personalbedarf im Rathaus besser einschätzen können. Insbesondere 2019 haben wir die Weichen falsch gestellt: Wir erhöhten das Personal drastisch und brachten Projekte auf den Weg, die uns jetzt finanziell auf die Füße fallen.

Zudem verlieren wir immer mehr die Kostenkontrolle über unsere Bauprojekte – nicht nur wegen steigender Baupreise, sondern auch aufgrund mangelhafter Planung. Weil wir nie gelernt haben zu sparen, da es uns finanziell immer gut ging, machten wir die letzten Jahre einfach weiter wie bisher und verschlossen die Augen.

Und selbst jetzt machen wir noch weiter wie bisher: Auf der heutigen Tagesordnung stehen 3 Punkte mit Beschlussvorschlägen, die dem Haushalt, den wir *heute* beschließen, widersprechen bzw. nicht enthalten sind, die die Ausgaben erhöhen und die Einnahmen verringern (NÖ3, NÖ7, NÖ9.2). Wir brauchen ein neues Bewusstsein, nicht nur als Stadträte, sondern auch die gesamte Verwaltung! Wir Stadträte sind nicht die Fachexperten, wir brauchen die Verwaltung, die uns kostengünstige Vorschläge unterbreitet, die gerade bei Bauprojekten auf eine gute und vollumfängliche Planung achtet, Kostenvergleiche anstellt und uns ggf. verschiedene Varianten vorschlägt.

Was uns fehlt, ist das Umdenken. Die Zeiten, in denen wir jeden Wusch erfüllen konnten und ein Bauprojekt nach dem anderen auf den Weg bringen konnten sind vorbei. Und vielleicht müssen wir auch mal den Mut haben, ein Projekt zu stoppen.

Es geht uns weiterhin finanziell gut, aber wir müssen unseren Vermögenshaushalt in den Griff bekommen, insbesondere unsere Bauprojekte. Bei Baukostensteigerungen von rund 50% in den letzten Jahren können wir nicht einfach weiterbauen wie bisher. Und wir müssen unsere Projekte von Anfang an richtig und vollumfänglich planen, damit wir die Kosten von Beginn an richtig einschätzen und nicht durch permanente Nachbesserungen in die Höhe treiben. Zudem müssen wir auch die Folgekosten mit einberechnen, denn jedes Bauprojekt bringt in der Regel erhöhten Personalbedarf mit sich und damit dauerhafte Kosten, die den Verwaltungshaushalt belasten und unseren finanziellen Spielraum schmälern.

Und noch zur Kollegin Probst: Eine nachhaltige Bauweise erhöht die Baukosten nur marginal bzw. bei den explodierenden Preisen für Beton und Stahl können wir froh sein, dass wir unsere Kita im Nonnenwald in Holz geplant haben. Das Problem ist das Raumprogramm und die Extras: 7 Lagerräume, 5 Technikräume, Bühne und Spielgänge treiben die Kosten in die Höhe.

Doch was mich besonders stört, ist das seit Jahren fehlende Gesamtkonzept. Mit dem Bau von rund 600 neuen Wohnungen kommen unsere Schulen an ihre Grenzen. Wir haben 2021 erstmalig eine Berechnung machen lassen, wie sich der Zuzug auf unsere Kindertagesstätten und Schulen auswirken wird. Das hätten wir schon viel früher tun müssen, um vorausschauend unsere Infrastruktur planen zu können. Nun bauen wir die Wohnungen, ohne das Geld für Kitas und Schulen zu haben, geschweige denn für Senioreneinrichtungen und Sportstätten.

Ebenso haben wir kein Gesamtkonzept für unsere Liegenschaften: Welche Gebäude und Grundstücke haben wir und welche Bedarfe müssen und wollen wir damit decken? Stattdessen schießen wir heute Nutzungsanforderungen für wichtige Grundstücke in der Innenstadt aus der Hüfte (NÖ7, NÖ8).

Eine unseriöse Haushaltspolitik gefährdet unsere freiwilligen Leistungen: Schlimmstenfalls werden wir unter Zwangsverwaltung gestellt, dann müssen alle freiwilligen Leistungen vom Stadtbus über die Museen bis hin zur Unterstützung der Vereine gestrichen werden und städtische Gebühren und Steuern müssen drastisch angehoben werden.

Doch es ist unsere Schuld als Stadträte, dass wir in diese Situation gekommen sind und wir sollten alles daran setzen, dass die Bürger nicht unsere Fehler ausbaden müssen.

Und wir wünschen uns frühzeitig einen übersichtlich und gut aufbereiteten Haushalt, mit einem Vorbericht, der die wesentlichen Punkte des Haushalts klar beleuchtet inklusive einer Übersicht über das Investitionsprogramm – und das nicht erst 5 Werktage vor dem Beschluss der Haushaltssatzung.

Wir konnten bereits in der Vergangenheit diese Finanzpolitik nicht unterstützen und können dem Haushalt – auch wenn es uns schwer fällt - leider auch dieses Jahr nicht zustimmen.